

Wobliehen die deutschen Kriegsgefangenen? Skeptisches Echo auf die Abmachungen zwischen Moskau und Pankow

Berlin (Eigenmeldung/DPA/AP). Die Abmachungen zwischen Moskau und Pankow haben in den westlichen Hauptstädten ein skeptisches Echo hervorgerufen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums bezeichnete die sowjetischen Konzessionen als einen Versuch, „das Marionettenregime Grotewohl zu stützen“. In Paris und London wurden die Vereinbarungen als Maßnahmen zur Beeinflussung der Wahlen in der Bundesrepublik gewertet.

Nach Bonner Auffassung deuten darauf auch die massiven Angriffe Malenkows auf die Bundesregierung, die nicht nur als eine direkte Beeinflussung des Wahlkampfes gewertet werden müßten, sondern offensichtlich auch den Zweck verfolgen, die ablehnende Haltung der Sowjetzonen-Regierung gegenüber Bonn zu verstärken. Dementsprechend stehe in den jüngsten Moskauer Äußerungen die Frage der Wiedervereinigung nicht mehr an erster Stelle.

Zu der angekündigten Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion wird in Bonn erklärt, daß nicht nur die

Bundesregierung, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung die Rückkehr jedes einzelnen Gefangenen herzlich begrüßen werde. Allerdings müsse man nach wie vor auf die Diskrepanz zwischen den sowjetischen Zahlenangaben über die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen — im Mai 1958 waren es nach TASS etwas über 13 000 — und den zuverlässigen Feststellungen in der Bundesrepublik hinweisen, wonach noch annähernd 100 000 Kriegsgefangene in der Sowjetunion festgehalten werden. Ungeklärt lasse das Kommuniqué, was unter „Kriegsverbrecher“ zu verstehen sei.

Ein zynischer Handel

Die Grotewohl-Delegation ist nach Pankow zurückgekehrt. Man hat ihr in Moskau viel Ehre angetan. Aber diese Ehre ist eine äußerliche. Sie soll die Öffentlichkeit lediglich über das große Versagen der DDR-Politiker hinwegtäuschen, das in den ereignisreichen Junitagen zum Ausdruck kam. Der Kreml braucht also diese DDR-Politiker noch. Er will ihnen — zunächst jedenfalls — noch einmal auf die Beine helfen, und er gewährt ihnen deshalb Chancen und Erfolge, die sich bei näherer Prüfung allerdings als sehr fadenscheinig erweisen.

So mischt sich in alle Hoffnung auch viel Skepsis, wenn

Grotewohl jetzt die Zusage auf Freilassung der Kriegsgefangenen mit nach Hause bringt. Wie viele werden tatsächlich aus den Lagern des Schweigens bei uns eintreffen? Die Sowjets geben wohlweislich kein neues Zahlenmaterial. Sie vermögen das glaubwürdig auch nicht zu tun, weil sie bisher das Vorhandensein von etwa 100 000 Gefangenen in ihrem Machtbereich mit ein paar Tausend „Kriegsverbrechern“ abzuleugnen suchten. Mit der Freilassung aller Kriegsgefangenen darf kein politischer Handel getrieben werden. Wenn Malenkow die Freilassungen mit dem Sturz der Bundesregierung ge-

koppelt wissen will, so ist dieser politische Zynismus kaum noch zu überbieten.

Im einzelnen gesteht der Kreml mit seinem beabsichtigten Verzicht auf Reparationszahlungen ein, daß er unter diesem „Siegerrecht“ das Land immer noch auspumpt, was in Westdeutschland längst nicht mehr der Fall ist. Das gleiche gilt für die „großmütige Rückgabe“ der sowjetisierten Industrie.

Wenn die Sowjets der heruntergewirtschafteten Zone durch erhöhte Lieferungen und Kredite helfen wollen, so fragt man sich nur, warum sie denn überhaupt den Niedergang der Zone in all den Jahren so rückwärtslos beeinflußt haben. Dieser neuen „Selbstlosigkeit“ kann von vornherein kein Vertrauen entgegengesetzt werden. Zu deutlich sichtbar ist vorerst die Propaganda, und zwar nach Westdeutschland als Versuch der Wahlbeeinflussung und nach Mittelddeutschland als Versuch, das Grotewohl-Regime und gleichzeitig sich selbst populär zu machen. Der Kreml will sich in der Rolle des Helfenden und Gebenden gefallen. Die Zonenregierung soll in ihrem Freundschaftskurs mit Moskau erfolgreich erscheinen. Hinzu kommt, daß man ihr scheinbar eine höhere Selbständigkeit gewährt. Das läßt den Verdacht aufkommen, daß sich bei aller „Freundschaft“ die Sowjetregierung nicht mit der Sowjetzonenregierung identifizieren will. Denn wer weiß, was eines Tages mit der Zone und mit der Zonenregierung geschehen wird?

Es sieht so aus, als habe Moskau den DDR-Funktionären nochmals eine Atempause gegönnt.

J. B. GRADL:

Es gibt keinen automatischen Frieden

Die Tatsache, daß die Sowjetunion eine Wasserstoffbombe zur Explosion bringen konnte, ist in der freiheitlichen Welt mit Ruhe zur Kenntnis genommen worden. Diese Ruhe ist insofern berechtigt, als zwischen dem ersten geglückten Laboratoriumsversuch und der Herstellung der vollendeten Waffe ein langer und schwieriger Weg liegt, den die Amerikaner offenbar schon bewältigt, die Sowjets aber noch vor sich haben. Einstweilen also steht dem Kreni noch amerikanische Überlegenheit in der Atomwaffe vor Augen, und die freien Völker können sich geborgen fühlen.

Falsche Sorglosigkeit

Das Gefühl weiterer Geborgenheit ist erfreulich, aber es ist auch gefährlich. Bisher schon war es so, daß viele sich mit diesem Gefühl gern über den Ernst des kommunistischen Problems hinweghalfen. Das sowjetische Bombenexperiment sollte eigentlich Anlaß sein, diese falsche Sorglosigkeit wegzuräumen, die sich in der Formel „Letzten Endes haben die Amerikaner immer noch die Atombombe“ zeigt. Die Geschichte der Atomwaffe bestätigt nur die Erfahrung in allen anderen Waffenarten, daß es zwischen Großmächten auf die Dauer kein Waffenmonopol gibt und daß deshalb schlecht beraten ist, wer sich darauf verläßt. Es wird noch dauern, bis die Sowjets auch nur den heutigen Stand der USA und Englands in der Atomwaffe erreichen. Aber früher oder später kann der Zeitpunkt kommen, daß zwei Gegner davon absehen, eine solche furchtbare Waffe einzusetzen, weil auch der andere sie einzusetzen vermag.

Deutscher Verteidigungskern

Die Generalstübe, die für die Verteidigung Europas verantwortlich sind, haben sich zweifellos seit langem ihre Gedanken darüber gemacht. Denn sonst wäre nicht gerade aus dem Munde der militärischen Führer immer wieder auch die Notwendigkeit deutscher Ver-

teidigungsformationen betont worden. Ein Vergleich der Zahl der stehenden Divisionen des Ostens und des Westens sagt genug. Aber auch die politischen Führungen der freien europäischen Länder haben allen Anlaß, nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen, Konsequenzen zunächst in der Richtung, daß endlich den Deutschen so oder so die Schaffung eines Verteidigungskernes ermöglicht wird. Mit ihm kann schon deshalb nichts verdorben werden, weil bei aller Gegensätzlichkeit sowohl die westliche als auch die sowjetische Seite die Waffenlosigkeit Deutschlands als Zukunftslösung ablehnen.

Echtes Gespräch!

Aber auch in einer anderen Richtung müssen Folgerungen gezogen werden. Die Häufung der überdimensionalen Waffen, die in einem einzigen Einsatz ganze Länder verwüsten können, ist nur ein weiterer Anlaß, eine allgemeine friedlich-politische Lösung der Weltprobleme zu versuchen. Im Grunde drängt alles zu einem echten Gespräch. Die Sowjets zwar wollen Zeit gewinnen, um so mehr ist Anlaß für die westliche Politik, die jetzt noch eindeutige Überlegenheit zu nutzen, um mit souveräner Offenheit die Sowjets zu einem klaren und verbindlichen Gespräch zu bringen.

Darauf gilt es, sich vorzubereiten, und es sieht ganz so aus, als ob man in den Vereinigten Staaten und in England dabei ist — ohne alle Gedanken auf dem Markt auszuschießen. Gerade auch deshalb ist der sensationelle Umschwung in Persien erfreulich, der eine der Sensationen der vergangenen Woche war. Es bedurfte gar nicht erst der „Prawda“, die noch am Mittwoch den „amerikanischen Monopolisten“ den „Staatsstreik“ gegen Mossadeq in die Schuhe schob, um zu wissen, wer an der bisherigen gefährlichen Unruhe in Persien interessiert war. Jeder Ansatzpunkt für kommunistische Expansion, der ausgeräumt wird, muß zwangsläufig die sowjetische Neigung mindern, sich konstruktiver westlicher Friedenspolitik zu entziehen.

Deutsche Verantwortung

Selbstverständlich muß sich auch die Bundesrepublik auf

kommende West-Ost-Begegnungen vorbereiten. Nicht nur im gegenwärtigen Wahlkampf hört man häufig das einfältige Wort: „Die Besatzungsmächte sind schuld an der Teilung, sie müssen sie auch wieder ausräumen. Wir können ja gar nichts dabei machen.“ Diese Meinung war in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch richtig, heute gilt sie längst nicht mehr. Der 17. Juni ist ein schlagender Beweis des Gegenteils. Hier haben Deutsche gehandelt; und seitdem sehen nicht nur die Sowjets, sondern die ganze Welt das deutsche Problem mit anderen Augen. Aber die westlichen Hauptstädte haben unabhängig davon schon vorher in vielen Stimmen erkennen lassen, daß sie deutschen Überlegungen zugänglich sind. Wenn das eines Beweises bedürfte, dann ist er durch die mannigfachen Konsultationen der Bundesregierung zu den westlichen Antwortnoten erbracht. Die Aufgabe der deutschen Politik wird es sein, der westlichen Politik mit schöpferischen Vorschlägen für die Wiedervereinigung an die Hand zu gehen.

Das wird insbesondere Sache des neuen Bundestages sein, der in vierzehn Tagen gewählt wird. Das Wohlergehen des Wirtschaftsaufschwunges und die Geborgenheit des Besatzungsschutzes haben hoffentlich das Gefühl der Westdeutschen für Ernst und Schwere der kommenden Entscheidungen nicht eingeschláfert. Herrn Malenkows Bombenprobe ist ein Zeichen, daß Frieden kein automatisches Produkt eines technischen Wunders ist. Man muß sich schon über den persönlichen Bereich hinaus ständig sorgen und anstrengen, um ihn zu erhalten.

Keine Boykotttetze

Berlin (DPA). Das oberste Sowjetzonen-Gericht hat entschieden, daß der Besitz von Westzeitungen nicht in jedem Falle den Tatbestand der „Boykotttetze“ erfüllt und strafbar sei. Boykotttetze liege erst dann vor, „wenn zu dem Besitz von Westzeitungen noch Umstände hinzutreten, die erkennen lassen, daß diese Zeitungen zu hetzerischen und boykottierenden Handlungen benutzt werden oder benutzt werden sollten“.

West-Antwort ist fertiggestellt

London (AP/DPA). Die drei Westmächte haben sich über ihre Antwort auf die beiden sowjetischen Deutschlandnoten geeinigt, verlautete am Montag in London. Mit der Absendung der westlichen Noten wird für nächste Woche gerechnet.

Der von Sachverständigen der drei Westmächte ausgearbeitete Entwurf enthält den Vorschlag, daß die Außenminister der vier Besatzungsmächte innerhalb von zwei Monaten zusammenkommen und Maßnahmen zur Durchführung gesamtdeutscher, freier Wahlen beraten. Die Westmächte bestehen darauf, daß diese Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorangehen müssen. Ferner werden in dem Entwurf die Bedingungen für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt, die in ihren außenpolitischen Entscheidungen völlig frei sein soll.

Gemeinsame Außenpolitik

Bonn (DPA). Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Schröder, deutete vor Pressevertretern in Bonn an, daß nach den Bundestagswahlen eine gemeinsame Außenpolitik der großen Parteien zu erwarten sei.

Hilfe für Flüchtlingskinder

Berlin (Eigenmeldung). Insgesamt 1200 Kinder von Sowjetzonenflüchtlings- und Heimatvertriebenen sowie besonders erholungsbedürftige Berliner Kinder sind über die „Kinderluftbrücke“ zur Erholung nach Westdeutschland geflogen, wo sie bis zum 17. September bei Familien einen kostenlosen Ferienaufenthalt verbringen.

Die „Kinderluftbrücke“ geht auf eine Initiative des NWDR zurück und wird von der amerikanischen Luftwaffe und vom Deutschen Rottkreuz unterstützt.

Bonn (Eigenmeldung). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat 40 Kinder von Sowjetzonenflüchtlings aus dem Flüchtlingslager Wentorf bei Hamburg aus Mitteln der Adenauer-Flüchtlingspende zu einem vierzehntägigen Aufenthalt in Italien eingeladen.

Interessante Sowjetnote

Noch waren die Westmächte beim Studium der sowjetischen Antwortnote vom 5. August auf die Einladung zu einer Viererkonferenz, da geht schon wieder eine sowjetische Note zur Deutschlandfrage ein.

Inhaltlich interessant an der Note ist zunächst die Tatsache, daß die Sowjets ihren jetzigen Standpunkt in der deutschen Frage tatsächlich präzisieren. Die Sowjets haben in der vorigen Note kein Wort über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus freien Wahlen und die Beteiligung dieser Regierung am Friedensvertrag gesagt. An der deutschen und der westlichen Stimmung haben sie offenbar inzwischen gemerkt, daß auf diesem Wege Politik um Deutschland nicht möglich ist. So wird in dieser Note immerhin die Durchführung freier Wahlen als eine der „unaufschiebbaren Hauptfragen in bezug auf Deutschland“ anerkannt.

Aber was die Sowjets mit der einen Hand zu geben scheinen, das nehmen sie zum größten Teil mit der anderen Hand wieder weg. Wie überhaupt die neue Note in raffinierter Weise das westliche Programm: freie Wahlen — gesamtdeutsche Regierung — Friedensvertrag zu verwandeln trachtet. Ziffer 2 der Note endet mit der Feststellung, daß die Wiedervereinigung „ihre endgültige Vollendung in der Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage wirklich freier Wahlen finden muß“. Aber am Anfang eben dieses Abschnittes steht, daß „die Parlamente der DDR und der Bundesrepublik unter breiter Beteiligung der demokratischen Organisationen eine provisorische gesamtdeutsche Regierung bilden sollen“. Nun ließe sich darüber reden, wenn dieses „Parlament der DDR“ wirklich ein echtes deutsches Parlament wäre. Wie wäre es, wenn die Sowjets erst einmal in ihrer Zone ein wirklich freies Parlament in freien Wahlen schaffen und daraus eine echte Vertretung der Sowjetzone entstehen ließen?

Die Note enthält manches, was klarzustellen sich lohnen könnte. Man könnte aus dem

Wortlaut zum Beispiel schließen, daß nunmehr auch die Sowjets das Potsdamer Abkommen de facto als überholt beiseite schieben. So nachgiebig die Note hier erscheint, so hart ist auf der anderen Seite die Betonung des sowjetischen Standpunktes, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in die EVG und die NATO „den Zusammenschluß West- und Ostdeutschlands unmöglich machen würde“.

Diese Hinweise mögen als Beispiele für die Bedeutung, aber auch für die Problematik der neuen Sowjetnote genügen. Man kann diese Note natürlich nicht mit vorschnellen Urteilen abtun. Im Grunde läuft der Notenwechsel darauf hinaus, daß die vier Besatzungsmächte sich zu der in Aussicht stehenden Konferenz tatsächlich und mit erstem Willen zusammenfinden müssen. Die Sowjets lehnen den Eintritt Deutschlands in den, wie sie sagen, „aggressiven Nordatlantikblock“ und in die „Europaarmee“, wie sie die EVG nennen, ab. Präsident Eisenhower wiederum hat in seinem Brief vom 25. Juli an den Bundeskanzler vor „verteilungsloser Neutralisierung“ ernst und mit vollem Recht gewarnt. Hier sind die beiden extremen Standpunkte deutlich gemacht. Die Frage ist, ob es eine Lösung dazwischen gibt, die für alle Beteiligten annehmbar ist. So lange aber, bis darüber Klarheit geschaffen ist, muß an der bisherigen Linie des Westens festgehalten werden. Denn nur so — wenn überhaupt — wird der Krenl zu der Einsicht gebracht werden können, daß er seine bisherige, so verfehlte Deutschlandpolitik von Grund auf ändern muß.

Gefängnis für Spione

Bielefeld (DPA). In einem Spionageprozeß vor dem britischen Obergericht in Bielefeld wurden vier Angeklagte zu Gefängnisstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt. Die Angeklagten wurden schuldig befunden, daß sie sich miteinander verabredet hätten, um die Sowjets mit Nachrichten über britische Einheiten in Deutschland zu versorgen.

Scharfe Kritik an der Sowjetnote

Entscheidende Bedingungen unannehmbar

Berlin (Eigenmeldung/AP/DPA). Die neue sowjetische Note zur Deutschlandfrage ist in Bonn, Paris, London und Washington sehr kühl aufgenommen worden. Das US-Außenministerium hetzte, die Sowjetunion verschleppe mit ihren neuen Vorschlägen die freien Wahlen für ganz Deutschland. In London und Paris glaubt man, daß die Note hauptsächlich dazu dienen soll, den deutschen Wahlkampf zu beeinflussen. Man sieht in ihr einen sowjetischen Versuch, die Lösung der Deutschlandfrage weiter hinauszuschieben.

Nach Ansicht Dr. Adenauers, der vor Journalisten in Bonn sprach, enthält die letzte sowjetische Note keine neuen Gesichtspunkte. „Wenn ein Friedensvertrag auf Grund der sowjetischen Vorschläge abgeschlossen würde, könnte Deutschland zwar wiedervereinigt werden und eine Nationalarmee haben, aber es würde ganz allein ohne jede Sicherheit bleiben.“ Der Westen dürfe in seinen Anstrengungen zum Zusammenschluß nicht nachlassen.

Der Kanzler setzte sich erneut für die Einberufung einer Viermächtekonferenz ein, warnte aber davor, deshalb die Vereinigung Europas zu vertagen. Gemeinsame Verhandlungen zwischen Bonn und der Pan-kower Regierung lehnte Dr. Adenauer energisch ab. Die Sowjetzonenberückung würde es als einen Verrat betrachten, wenn man sich mit ihren Feinrigern zusammensetzen würde.

Zu dem Vorschlag, die Reparationszahlungen zu beenden, wies Dr. Adenauer darauf hin, daß Westdeutschland bereits

seit langem keine Reparationen mehr bezahle.

Das Bundeskabinett teilte in einer Sitzung am Dienstag die Auffassung des Bundeskanzlers, daß die entscheidenden Bedingungen der sowjetischen

Der Schah kehrte nach Persien zurück

Umsturz in Persien beendet — Triumphaler Empfang

Teheran (AP/DPA). Drei Tage nach dem mißglückten Staatsstreich gegen die Regierung Mossadeq ist es den Anhängern des Schahs von Persien zusammen mit kaisertreuen Truppen gelungen, Mossadeq zu stürzen und die Hauptstadt sowie das Land in ihre Hand zu bringen. Als neuer Ministerpräsident ist General Sahedi aus seinem Versteck in den Bergen siegreich in Teheran eingezogen.

In Teheran hatte die Menge unter den Rufen „Lang lebe der Schah“ zahlreiche Gebäude, darunter ein sowjetisches Warenhaus, in Brand gesteckt. Als letztes Widerstandsnest fiel in der Hauptstadt das Haus Mossadeqs.

Deutschlandnote unannehmbar sind und die außenpolitische Entwicklung keinen Schritt weiter bringen.

Die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der Koalitionsparteien stellten vor der Presse zusammenfassend fest, daß die jüngste sowjetische Note eine Antwort auf alle Fragen des deutschen Volkes zum Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und eines Friedensvertrages schuldig geblieben sei.

Erich Ollenhauer, der SPD-Vorsitzende, teilte in München mit, auch die SPD vertrete den Standpunkt, daß eine Anerkennung der Sowjetzonenregierung nicht in Frage komme.

Mossadeq, der zuerst geflohen war, hat sich selbst gestellt. Zusammen mit ihm wurden der bisherige Innenminister, Dr. Sadichi, der ehemalige Parlamentspräsident, Dr. Moazami, und Mossadeqs Rechtsberater festgenommen.

Der Schah ist nach Persien zurückgekehrt. Man bereitete ihm einen triumphalen Empfang.

Wohin die Entwicklung in Persien bei einem Weiterbestehen der Regierung Mossadeqs geführt hätte, das wurde bereits wenige Stunden nach der Flucht des Schahs deutlich, als die kommunistische Tudeh-Partei, trotz ihres Verbotes die mächtigste politische Gruppe im Lande, Mossadeq der ersten Wechsel für die Unterstützung präsentierte, die sie ihm bei der Auflösung des Parlaments und im Kampf gegen den Schah gewährte: sie verlangte kategorisch die Bildung einer „demokratischen Republik“ und drohte im Weigerungsfalle mit „Schwierigkeiten“.

Nachdem nun der Schah zurückgekehrt ist, zeichnen sich neue Verhandlungen mit Großbritannien und wahrscheinlich auch mit den USA ab, die, vorsichtig und Schritt für Schritt geführt, im persischen Interesse liegen und damit auch Persien mehr auf die westliche Seite mit allen den im Westen liegenden Sicherheiten führen werden.

Die Partei, die Partei ...

Berlin (Eigenmeldung). „Die Partei hat immer recht“ ist der Titel eines Films, der die geistige Unterdrückung eines Menschen unter dem bolschewistischen System in einer Zusammenstellung von Originalaufnahmen aus östlichen Filmen zeigt. Der Film wurde im Auftrag des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen von Roger Graf von Norman bei der Honesta Film GmbH, München-Geiselgasteig, hergestellt und jetzt zum ersten Male in der Berliner Landesbildstelle vorgeführt, nachdem er vor einigen Tagen in Bonn gezeigt worden war.

Sehr eindrucksvoll sind die

Wochenschauaufnahmen aus Ostberlin, der Sowjetzone und der Sowjetunion zusammengestellt. Geschickt eingebendete Aufnahmen von nazistischen Massenaufmärschen, Gerichtsverhandlungen und Volksreden zeigen die verblüffende Ähnlichkeit dieser beiden totalitären Systeme. Auch Teile des sowjetischen Films „Das verlorene Parteibuch“ und sogar erschütternde Aufnahmen von den Massengräbern in Katyn werden im Rahmen dieser Zusammenstellung gezeigt, die die Unmenschlichkeit der bolschewistischen Lösung „Die Partei hat immer recht“ von allen Seiten beleuchtet.

Die Entscheidung fällt in den Betrieben

Mitgliedschaft des FDGB revoltiert — Herbert Warnkes Geständnisse

Wenn in einem Staat die Arbeiter gegen ihre eigene Gewerkschaftsführung und die Regierung streiken, wenn dieselben Arbeiter nach der blutigen Niederschlagung dieses Streiks die Absetzung und Neuwahl der Gewerkschaftsleitungen verlangen und bereits mit neuen Streiks beginnen — in welchem demokratischen Staat der Welt könnten dann eine solche Gewerkschaftsführung und eine solche Regierung noch länger als 24 Stunden bestehen? Es gibt zu diesem Geschehen keine Parallele in der westlichen Welt, und wenn man nur das, was der FDGB-Vorsitzende Warnke aus der Tagung des Bundesvorstandes darüber zugegeben hat, in Betracht ziehen will, bricht die ganze Fassade des „neuen Kurses“ der SED wie ein Kartenhaus zusammen.

Der FDGB, auf den sich Ulbricht ganz offensichtlich stützen und den er als Massenorganisation für seine Ziele einspannen wollte, den er deshalb nach dem 17. Juni immer wieder gegen alle Vorwürfe verteidigte, ist ganz plötzlich zu einer Kampfororganisation der unterdrückten Arbeitnehmer geworden. Das heißt: Die Mitgliedschaft ist seit dem 17. Juni ein geschlossener Kampfblock, der sich gegen die kommunistische FDGB-Leitung wendet und dabei ist, die Organisation für ihre eigenen Forderungen auszunutzen. Die alten Parolen gewerkschaftlichen Kampfes werden über Nacht zur gefährlichsten Waffe gegen die SED und ihre Regierung, der Arbeiter besinnt sich auf seine Macht und fordert: „Gebt uns eine Gewerkschaftsführung, die unsere Rechte vertritt, und legt diese Regierung hinweg!“ Das, und nichts anderes, ist der Hintergrund der Rede Warnkes, die wie ein einziger Hilfeschrei der SED aufgenommen worden ist.

Totaler Bankrott

Was Warnke erzählte, war keinem Arbeiter in der Zone neu. Aber daß er es zugegeben hat, ist ein Zeichen, wie stark die Forderungen der Menschen in der Zone wirklich sind. Da ist die Rede von bisher linientreuen Funktionären, die abgesetzt werden mußten, weil sie vor den Forderungen der Arbeiter „kapitulierten“. Da wird jeder Streik als „Provokation“ bezeichnet und gleichzeitig zugegeben, daß überall neue Streiks aufgeflammt sind. Es ist ein solcher Wust von Eingeständnissen, Widersprüchen und

hysterischen Beschimpfungen, daß man nur fragen kann: „Ist das bereits das Ende, der totale Bankrott?“

FDGB-Leitungen streikten

Warnke behauptet: „Es gibt keine einzige Gewerkschaft, die am 17. Juni den Streik beschlossen hat!“ Ist das wahr?

Als am 17. Juni der FDGB-Bundesvorstand nach Mecklenburg flüchtete, haben Betriebsgewerkschaftsleitungen den Streik ausgerufen und nicht die wenigsten Gebietsleitungen des FDGB haben ihn akzeptiert! Als der FDGB-Bundesvorstand nach Kühlungsborn geflüchtet war und sowjetische Panzer nach Berlin rollten, haben ganze Bezirksvorstände des FDGB den Streik unterstützt!

Müßig, die Widersprüche zu beleuchten. Interessanter sind die verzweifelten Erklärungen Warnkes: „Es gibt eine Untergrundorganisation in der Bauindustrie.“ — „In verschiedenen Großbetrieben und Gewerkschaftsorganisationen gibt es Agentenherde und Nester von Provokateuren!“

In verschiedenen? In allen, wenn das Agenten und Provokateure sind, was Warnke selbst an anderer Stelle als „Meinungsäußerer der Belegschaften“ bezeichnet! Was haben diese Sprecher der Arbeiterschaft denn gefordert? Keine neuen Normerhöhungen! Neuwahlen der Gewerkschaftsleitungen! Und nicht zuletzt: Freie Wahlen zur Bildung einer Regierung, gegen die der Arbeiter nicht zu streiken braucht! Und Warnkes Antwort: „Wir denken nicht daran, die Forderungen auf Neuwahlen der Gewerkschaftsleitungen anzuerkennen!“

„Wir sind für die Erhöhung der Normen!“

Welcher Gewerkschaftler hat so etwas, seit es Gewerkschaften gibt, von seiner eigenen Leitung je gehört? Wenn nach dieser Kampfansage an die Arbeiterschaft in allen Staatsbetrieben der Zone neue Streiks aufflammten, dann gibt es keinen Zweifel mehr über die Ursache solchen Widerstandes. Hier setzt sich eine Arbeiterschaft zur Wehr, die man behandeln will, wie es in den finstersten Zeiten sozialer Unterdrückung nicht geschehen ist! Warnke hat — im Auftrage der Regierung der SED — der sowjetischen Arbeiterschaft den erbarmungslosen Krieg erklärt.

Unerwartete Gefahrenquelle

Der FDGB, bisher weder von der Partei noch den Arbeitern ernst genommen, ist über Nacht eine unerwartete Gefahrenquelle für den SED-Staat geworden, und zwar allein durch das neue Selbstbewußtsein seiner Mitglieder.

Hier hat nur einer provoziert, Herbert Warnke, vor Jahrzehnten selbst einmal Betriebsratsvorsitzender bei „Blohm & Voß“ und heute so weit von seinen ehemaligen Arbeiterkollegen entfernt wie die Regierung der Sowjetzone von der Demokratie! Die Antwort der Arbeiter läßt nicht auf sich warten. Heute ist schon klar: Das endgültige Schicksal der SED entscheidet sich in den Betrieben.

FDGB-Beitragsstreik

Berlin (Eigenmeldung). Die Mitglieder des FDGB und selbst hohe Funktionäre dieser Organisation lehnen sich seit dem 17. Juni offen gegen die Staatsgewerkschaft auf. Sie fordern Neuwahlen zur Beseitigung der kommunistischen Betriebsgewerkschafts-Leitungen und Gewerkschaftsvorstände, verlangen Freilassung der Verhafteten des 17. Juni und Besserung der Lebensbedingungen. Vor allem in den Großbetrieben halten die Arbeiter fest gegen die linientreuen Kommunisten zusammen. Große Teile der Arbeiterschaft sind in einen Beitragsstreik gegen den FDGB getreten.

Neuer Lebensmittel-Verteilungsplan

Auch ohne Personalausweis — Nur werktags

Berlin (Eigenmeldung). Vom 27. August an wird die Lebensmittelhilfsaktion für die Bewohner des Ostsektors und der Sowjetzone fortgesetzt. Bis zum 3. Oktober wird allen Ostbewohnern kostenlos eine zweite Spende mit den gleichen Lebensmitteln ausgehändigt. Eine Nachbelieferung für die erste Aktion ist nicht möglich. Da durch entsprechende Maßnahmen der Volkspolizei die Bewohner der sowjetischen Besatzungszone keine Personalausweise für Angehörige mehr mitnehmen dürfen, sollen bei der Abholung der Spende andere

Ausweispapiere, wie Arbeitsbücher, Stammbücher, Stammbuchabschnitte der letzten Lebensmittelkarte usw., vorgelegt werden.

Für die zweite Aktion sind neue Bezugscheine vorgesehen, die zum Schutze gegen Fälschungen täglich besonders gekennzeichnet werden. Es wird vom Senat besonders darauf hingewiesen, daß die Ausgabestellen nach dem 27. August nur noch werktags und nicht mehr wie bisher sonntags geöffnet sind. Nachschübschwierigkeiten werden nicht mehr entstehen.

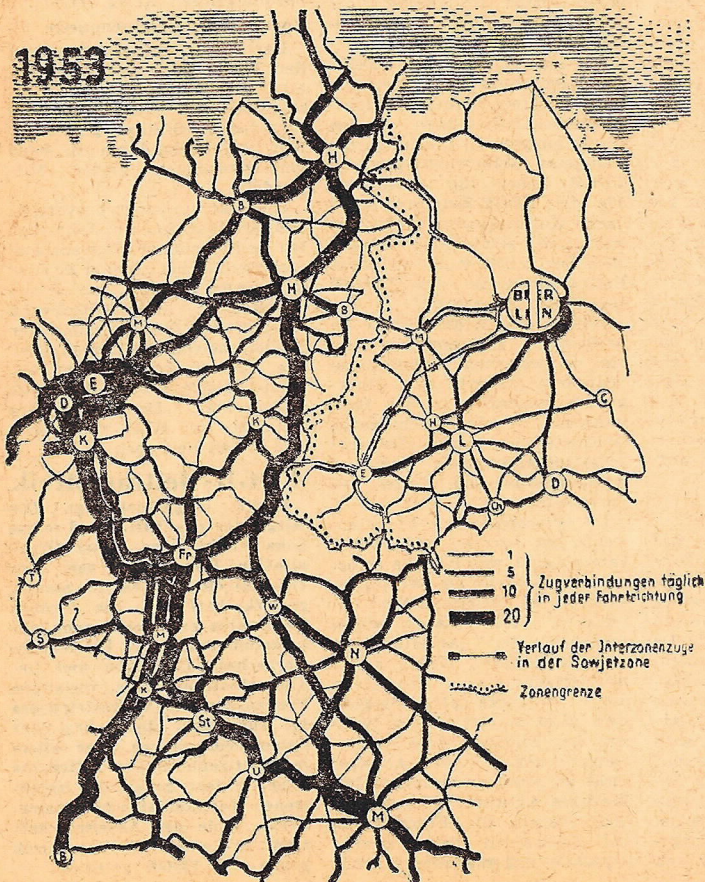
Die Ausgabestellen für die

Bewohner der Sowjetzone werden nicht mehr nach Ländern, sondern nach den Anfangsbuchstaben der Wohngemeinde eingerichtet. Sie sind aus den öffentlichen Anschlägen zu entnehmen und werden außerdem vom Rundfunk bekanntgegeben.

Unterlagen werden vernichtet

Alle schriftlichen Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Lebensmittelspenden-Hilfsaktion angelegt wurden, werden nach Abschluß dieser Aktion restlos vernichtet. Dazu gehören selbstverständlich auch die Karteien, die in den einzelnen Ausgabestellen angelegt wurden.

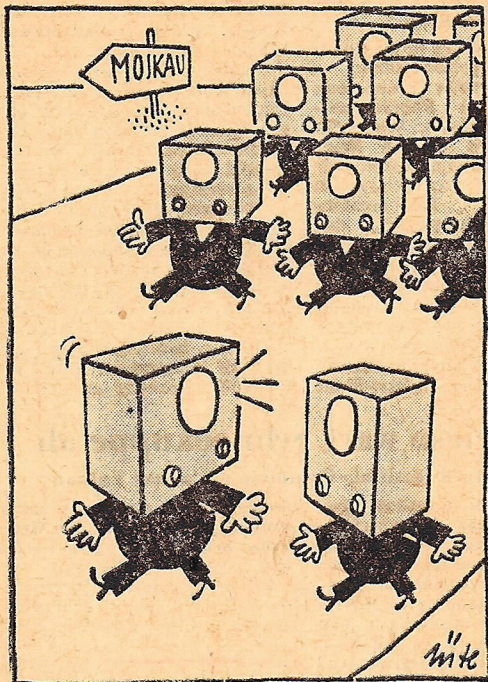
Es fehlt nicht nur das zweite Gleis . . .



Was in der Sowjetzone seit 1945 geschehen ist, zeigt eindeutig diese Darstellung der Verkehrsdichte schneller Zugverbindungen im Bundesgebiet und in der Sowjetzone, die das SBZ-Archiv auf Grund der im Sommer 1953 erschienenen Kursbücher herausgab.

Während die Zahl der schnellen Zugverbindungen im Bundesgebiet im Sommer 1953 etwa den gleichen Stand erreicht hat wie im Sommer 1939, ihn auf manchen Strecken bereits übertrifft und sich das Netz der schnellen Zugverbindungen z. T. beträchtlich verdichtet hat, ist das Netz in der Sowjetzone nicht dichter, sondern weitmaschiger geworden. Es fehlt dort nicht nur das zweite Gleis. Ganze Hauptstrecken wurden demontiert. Im allgemeinen beträgt die Zahl der schnellen Zugverbindungen in der Sowjetzone nur noch ein Viertel bis ein Drittel des Vorkriegsstandes.

Pankower Delegation nach Moskau Nur flüstern . . .



„Werden auf gesamtdeutsche Propaganda-
Welle geschaltet, Genosse!“

Der fortschrittliche Knigge

„... hoffen wir, daß wir auf unser Schreiben umgehend eine Antwort erhalten. Sport frei! Gez. Müller.“ — Das ist kein absoluter Unsinn, sondern so kann jeder Brief aufhören, den die sowjetzonale Sportorganisation abschickt. Anrede „Lieber Sportfreund“ und als Abschluß „Sport frei!“ — so lautet die offizielle Briefform dieser Organisation.

Um das verachtete „Sehr geehrter Herr...“ und „Hochachtungsvoll“ zu umgehen, scheuen die sowjetzonalen Gruppen keine Mühe. Die Ergebnisse sind oft verblüffend. Jede Organisation hat dabei ihre Sonderformen entwickelt. Die SED hatte es einfach. Sie schreibt in der Regel „mit sozialistischem Gruß“ an den „werten Genossen“ oder auch den „lieben Genossen“. Der Frauenbund entschied sich für

„Liebe Bundesfreundin“ und „Mit Bundesgruß“. Wenn zum Schluß eines Briefes „Freundschaft!“ steht, braucht der Eingeweihte nicht vorne noch das „Lieber Jugendfreund“ zu lesen, um zu wissen, daß ihn hier die FDJ beehrt. Der FDGB schreibt „Lieber Kollege“ und endet „mit freigewerkschaftlichem Gruß“. Dagegen kommt die Nationale Front gleich vorn und hinten mit Weltanschauung: Sie grüßt den „Einheitsfreund“ mit „demokratischem Gruß“, während das Friedenskomitee „Lieber Friedensfreund“ und „Mit Friedensgruß“ für sich beschlagnahmt hat. Bleibt schließlich der „Demokratische Block“, dem zu seinem Unglück nichts anderes übrigblieb, als sich mit „Lieber Blockfreund“ und „Mit Blockgruß“ der Lächerlichkeit preiszugeben.

Die Karriere

„Meinst du, daß wir die Bevölkerung wieder in unsere Gewalt bekommen?“ fragt ein SED-Funktionär den anderen.

„Sicher. Darauf kannst du Gift nehmen. Wie denkst du darüber?“

„Ich bin derselben Meinung. Mich soll der Teufel holen, wenn ich nicht recht behalte.“

Ein dritter Funktionär, der zugehört hatte, fuhr gereizt dazwischen: „Könt ihr nicht endlich über etwas anderes als eure zukünftige Karriere reden?“

Pressepolitik

„Natürlich, Kollege“, sagte der Chefredakteur einer sowjetzonalen NDF-Zeitung zum neuen Redaktionsvolontär, „darfst du bei uns schreiben, was du willst. Schließlich haben wir ja in der DDR Pressefreiheit. Du kannst über Pieck und die Genossen Regierungsfunktionäre schreiben, über den Fünfjahrplan, über Malenkov und über die Sowjetarmee — aber über, nicht gegen, verstanden?“

Genügt schon

„Wie beurteilen Sie die sozialistische Planwirtschaft?“ fragte ein MWD-Mann einen Russen.

„Ich denke . . .“, begann der.

„Danke, das genügt“, unterbrach ihn der MWD-Beamte, „Sie sind verhaftet.“

Staatssicherheit

Auf einem offiziellen Empfang im Juli 1953 treffen sich ein Schweizer und ein zufällig dort-hingeratener Sowjetzonenfunktionär. Der möchte den Schweizer ärgern und fragt: „Wozu haben Sie in der Schweiz eigentlich ein Marineministerium? Sie haben doch gar keine Schiffe?“

Den Schweizer stört die Frage gar nicht. Er lächelt den Funktionär an: „Darf ich Sie auch etwas fragen? Wozu haben Sie ein Staatssekretariat für Staatssicherheit — wo Sie doch seit dem 17. Juli gar keinen sicheren Staat mehr haben?“

„Bewährtes Vorbild“

Berlin (DPA). Nach dem „bewährten Vorbild“ des sowjetischen Schulwesens, des „besten der Welt“, soll auf Beschluß der Prager Regierung das tschechoslowakische Schulwesen umgestaltet werden. Alle bisher gültigen Schulbücher wurden einbezogen.

Ein Tag in Salzburg

Skizze aus der Stadt der Mozart-Festspiele

Summend entführt uns der Autobus aus dem Tannicht des Bayerischen Waldes in das helle, weite Land Österreich. Der von Ortschaften eingefasste, aufleuchtende Wallersee und die sich fernhin blauackig erstreckende Alpenwelt sind die Vorboten Salzburgs. Jetzt schwingt die Straße bergan. Hinter der nächsten Krümmung stellt sich die Mozart-Stadt dar, von der weißschäumenden Salzach durchschnitten und von malerischen Felsenerhebungen umstellt.

Hell schwingt sich der Salzburger Himmel über Fürsten- und Bürgerbauten wie die glatte Staatsbrücke über den Strom. Die engen Gassen sind erfüllt von dem Zuwachs internationaler Besucher. Mozart-Festspiele verfehlen nicht ihre Anziehungskraft. Berauscht vertrauen wir uns der zerfließenden Reihe der Gesichter, Farben und Fahnen an. Zu Lebzeiten war Mozart zweifellos nicht ähnlichen Huldigungen ausgesetzt. Jetzt möchten im Angesicht von Dom und Residenz die blitzende Lebendigkeit von „Figaros Hochzeit“ und der Symbolismus des „Jedermann“ mit Quadflieg als Jedermann geltend machen,

daß die Gegenwart ihren Anteil an der Vergangenheit habe.

Doch dann treibt es uns, dem Menschen- und Fahrzeugaufgebot zu entinnen. Weißgrün leitet uns die Salzach längs ihres Ufers. Dann sitzen wir unter einem Sonnenschirm in der Landschaft. Die muntere Kellnerin sprüht zwischen den Gartenstühlen hindurch. Von Berchtesgaden blinkt mittäglich das Hochgebirge herüber.

Zurückgekehrt in die Altstadt, erstehen wir, schwarz- und weißfarbigen Besuchern begegnend, den unvermeidlichen Reiseführer. Die Mozart-Stadt

ist mondän. Samtene Schatten fließen über die Giebel der Renaissancehäuser. Von den Höhen grüßen blauschwarze Wälder.

Knapp vor unserer abendlichen Abfahrt gelingt die große Entdeckung. Die zisielierte Musik Mozarts ist eben im hellen Festspielhaus verhallt, das Getrappel über die Stufen noch nicht verstummt, da sehen wir: im Schwarm verchromter Fahrzeuge parkt ein „KB“-Nummernschild. Fröhlich empfangen wir den Graß aus Berlin. Die in uns nachschwingende Musik fiedelt ihr glitzerndes Crescendo. Kein Zweifel, es zieht uns heim in die graue, bedrängte Stadt, aus der wir ausgezogen sind, das lichtvolle Salzburg zu erleben.

Bergriese warf Schneekuppe ab

Entsteht in Kanadisch-Columbia ein neuer Vulkan?

Die Geologen Kanadas sprechen von einer wissenschaftlichen Sensation. Unmittelbar nach Bekanntwerden der kürzlich erstmalig gemeldeten Bergbeben im Waddington-Massiv sind sie mit Flugzeugen und Hubschraubern in die mittleren Rocky Mountains gestartet. Aus der Vogelperspektive stellten sie fest, daß der 4032 Meter hohe Waddington-Mount, der wegen

seiner steilen Grate als unbe-steigbar gilt, seine 350 Meter hohe Schneekuppe abgeworfen hat.

In ersten Augenzeugenberichten heißt es: „Der Waddington-Mount grollt und beb, als

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Berufstätige können lernen

Das Abendstudium der Freien Universität

Seit einigen Semestern hat die Freie Universität Berlin im Rahmen ihrer Abendveranstaltungen die Voraussetzungen für den Aufbau einer **A b e n d - u n i v e r s i t ä t** zu klären versucht. Die bisher gemachten Erfahrungen haben sich nunmehr zu einem Plan verdichtet, der mit dem Beginn des Wintersemesters 1953/54 zur Durchführung gelangen soll.

Es sind Studiengänge in Philosophie, Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Geschichte, Volks- und Betriebswirtschaft vorgesehen, die den Berufstätigen die Möglichkeit geben sollen, nach einem sechssemestrigen Abendstudium ein verkürztes reguläres Studium mit Abschlußexamen in den genannten Disziplinen zu betreiben. Es wird also vorerst nur

ein Teil des Gesamtstudiums in die Abendstunden verlegt, da sich ein volles Abendstudium mit Abschlußexamen zur Zeit noch nicht verwirklichen läßt.

Die Freie Universität Berlin beschreitet damit als erste deutsche Universität einen Weg, der ohne Senkung des Ausbildungsniveaus auch dem Berufstätigen die Möglichkeit eines Vollstudiums mit anerkanntem Abschlußexamen eröffnet. Auskunft erteilt das Sekretariat für Abendvorlesungen, Berlin-Dahlem.

120 neue Filme

Für die neue Saison 1953/54 werden 120 westdeutsche Spielfilme angekündigt. Die nun ablaufende Spielzeit hatte die gleiche Zahl vorgesehen; allerdings sind lediglich 75 davon herausgekommen.

wolle er sich als Vulkan entpuppen. Zumindest ist mit den anhaltenden Erschütterungen seines Massivs eine beträchtliche Erwärmung des Bergriesen verbunden. Seine ewige Schneedecke in den höheren Regionen ist bereits abgeschmolzen.“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.